

Der Öffentliche Dienst in Bayern

Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerbefragung in Bayern für den
bbb – Bayerischer Beamtenbund e.V.

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates.....	2
2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes.....	7
3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand.....	8
4 Das Beamtenprofil	9
5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	10
6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates.....	12
7 Modernisierungen im öffentlichen Dienst und deren Finanzierung.....	16
7.1 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	16
7.2 Dringlicher Optimierungsbedarf im öffentlichen Dienst.....	19
7.3 Digitalisierung als Problemlösung?	21
7.4 Präferenzen für den Kontakt zu Behörden	23
8 Die Zukunft der Arbeit.....	24
8.1 Arbeitszeitregelungen der Beschäftigung	24
8.2 Überstunden und Überstundenausgleich	27
8.3 Schicht- oder Wechselschichtdienst	29
8.4 Arbeitszeitkonten.....	30
8.5 Wünsche für die Arbeitszeit.....	31
8.6 Bedeutung einzelner Aspekte bei der Wahl des Arbeitgebers	33

Vorbemerkung

Im Auftrag des Bayerischen Beamtenbunds e.V. (BBB) hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Freistaat Bayern zur Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes und seiner Leistungen durchgeführt.

Im Rahmen dieser Untersuchung, die sich in weiten Teilen an den seit 2007 für den dbb – beamtenbund und tarifunion durchgeführten Umfragen orientiert, hat forsa insgesamt 1.529 Bürgerinnen und Bürger in Bayern befragt.

Die Erhebung wurde vom 19. März bis 30. März 2025 im Rahmen des repräsentativen Online-Panels forsa.omninet durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Aus diesen 150.000 Teilnehmern wurden die in Bayern befragten Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe eines systematischen Zufallsverfahren so ausgewählt, dass sie ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung Bayerns darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

In vorliegendem Bericht werden die aktuellen Zahlen aus Bayern mit den bundesweiten Ergebnissen der letzten bzw. vorletzten „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ der Jahre 2023 und 2024 verglichen. Dabei muss bedacht werden, dass etwaige Unterschiede zwischen den bayerischen und den bundesweiten Ergebnissen nicht unbedingt auf Unterschiede zwischen den Einschätzungen der bundesweiten und der bayerischen Bevölkerung beruhen müssen, sondern auch auf Entwicklungen zurückzuführen sein können, die sich aufgrund der aktuellen Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im letzten Jahr ergeben haben. Diese vorfindbaren Unterschiede sollten daher nicht überbewertet werden.

1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, ist nach einem „Vertrauens-Hoch“ in der ersten Phase der Corona-Pandemie 2020 in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen und lag bundesweit im vergangenen Jahr nur noch bei 25 Prozent.

Auch im Freistaat Bayern ist das aktuelle Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates nicht höher als das bundesweit zu registrierende Vertrauen: Auch in Bayern meinen nur 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen. Eine deutliche Mehrheit (71 %) hingegen sieht den Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme als überfordert an.

Ein etwas höheres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben lediglich die Anhänger der SPD und der Grünen.

Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert
		%	%
Deutschland insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51
	2022	29	66
	2023	27	69
	2024	25	70
Bayern	2025	25	71
18- bis 34-Jährige		30	65
35- bis 44-Jährige		21	76
45- bis 59-Jährige		23	73
60 Jahre und älter		25	71
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		27	70
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		24	72
Hauptschule		16	79
mittlerer Abschluss		24	71
Abitur, Studium		30	67
Anhänger der: *	CSU	29	67
	SPD	50	46
	Grünen	48	49
	Linke	23	74
	AfD	4	95

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

* jeweils diejenigen, die bei einer Bundestagswahl die jeweilige Partei wählen würden; dargestellt sind nur Anhänger der Parteien mit einer ausreichend hohen Fallzahl

Die Befragten, die den Staat mit der Fülle seiner Aufgaben als überfordert ansehen, wurden gebeten anzugeben, bei welchen Aufgaben der Staat ihrer Ansicht nach überfordert ist.

Vergleichsweise am häufigsten genannt wird dabei die Asyl- bzw. Flüchtlingspolitik (32 %).

Es folgen im Bereich gesellschaftlich relevanter Themen die Schul- und Bildungspolitik (16 %), die Gesundheitsversorgung (12 %), die soziale Gerechtigkeit (10 %) und die Rente bzw. Rentenpolitik (7 %).

15 Prozent sehen den Staat aktuell im Bereich Steuer- und Finanzpolitik als überfordert an, 8 Prozent im Bereich der Wirtschaftspolitik, 12 Prozent bei der Infrastruktur und 5 Prozent im Bereich Digitalisierung.

13 Prozent sehen ein großes Problem des Staates beim Bürokratieabbau (13 %), 5 Prozent attestieren der Politik eine generelle „Handlungsunfähigkeit“, 6 Prozent beklagen eine fehlende bürgernahe Politik.

Im Bereich der Inneren Sicherheit sehen 11 Prozent, im Bereich der Verteidigung bzw. äußeren Sicherheit 7 Prozent den Staat als überfordert an.

Überforderung des Staates

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:

insgesamt

%

Asylpolitik, Flüchtlingspolitik	32
Schul- und Bildungspolitik	16
Gesundheitsversorgung	12
Soziale Gerechtigkeit	10
Rente, Rentenpolitik	7
Soziale Sicherungssysteme	5
Wohnungsmarkt- und Immobilienmarkt	5
Steuer- und Finanzpolitik	15
Wirtschaftspolitik	8
Infrastruktur	12
Digitalisierung	5
Bürokratieabbau	13
Handlungsunfähigkeit der Politik	5
bürgernahe Politik	6
Innere Sicherheit	11
Verteidigung, äußere Sicherheit	7
Justiz und Rechtsprechung	5
Klima- und Umweltschutz	6

Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen; offene Abfrage;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 5 Prozent

Wie bundesweit glaubt auch in Bayern nur eine Minderheit der Befragten (11 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren größer geworden sei. Deutlich mehr Befragte (49 %) glauben, die Leistungsfähigkeit sei eher geringer geworden. 30 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit größer oder zumindest nicht geringer geworden sei, glauben am ehesten noch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern.

Von den Anhängern der AfD meinen fast zwei Drittel, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sei in den letzten Jahren geringer geworden.

Meinungen zur Leistungsfähigkeit des Staates

		Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren		
		größer %	gleich groß %	geringer %
Deutschland insgesamt	2024	12	31	46
Bayern	2025	11	30	49
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		21	29	38
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		8	31	51
Anhänger der:	CSU	15	28	48
	SPD	16	37	41
	Grünen	15	40	38
	Linke	8	33	48
	AfD	7	24	63

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Die Hälfte der befragten Bürgerinnen und Bürger aus Bayern (50 %) ist der Ansicht, der öffentliche Dienst koste die Steuerzahler zu viel Geld. 42 Prozent sehen dies nicht so.

Die in Bayern Befragten meinen aktuell somit etwas häufiger als die bundesweit im letzten Jahr Befragten, dass der öffentliche Dienst den Steuerzahler zu viel Geld koste.

Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste, meinen in Bayern in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

Von den bayerischen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sieht dies nur eine Minderheit so.

Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

		Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld	
		ja	nein
		%	%
Deutschland insgesamt	2024	43	48
Bayern	2025	50	42
18- bis 34-Jährige		41	50
35- bis 44-Jährige		59	36
45- bis 59-Jährige		48	43
60 Jahre und älter		53	41
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		24	71
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		57	34
Anhänger der:	CSU	51	42
	SPD	34	60
	Grünen	31	64
	Linke	38	57
	AfD	69	28

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Auch in Bayern schneiden wie bundesweit die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr (1,8), die Bibliotheken (2,0) und die Museen (2,1) am besten ab.

Auf den „letzten Plätzen“ finden sich Sozialämter (3,6), Landesministerien (3,6), Arbeitsämter (3,8) sowie Bundesministerien (4,0).

Die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden fällt in Bayern alles in allem recht ähnlich aus wie im Rahmen der letzten bundesweiten Befragung. Etwas schlechter werden in Bayern nur die Sozialversicherung (- 0,4) sowie die Sozial- und Arbeitsämter (jeweils - 0,3) bewertet.

Bewertung einzelner Behörden

Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)

	Deutschland 2024	Bayern 2025	Differenz Deutschland - Bayern
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,9	1,8	+ 0,1
Bibliotheken	2,0	2,0	0
Museen	2,0	2,1	- 0,1
Polizei, Kriminalpolizei	2,4	2,4	0
Kindergärten	2,5	2,4	+ 0,1
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,5	- 0,1
Fachhochschulen, Universitäten	2,5	2,5	0
Krankenhäuser	2,7	2,7	0
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	3,0	2,9	+ 0,1
Gerichte	2,8	3,0	- 0,2
Schulen	3,2	3,1	+ 0,1
Sozialversicherung	2,8	3,2	- 0,4
Finanzämter	3,0	3,2	- 0,2
Sozialämter	3,3	3,6	- 0,3
Landesministerien	3,5	3,6	- 0,1
Arbeitsämter	3,5	3,8	- 0,3
Bundesministerien	3,8	4,0	- 0,2

4 Das Beamtenprofil

Beamte werden in Bayern am ehesten als pflicht- und verantwortungsbewusst (68 bzw. 65 %), als zuverlässig (55 %) und als kompetent (52 %) wahrgenommen. 47 Prozent halten Beamte für hilfsbereit, 43 Prozent für unbestechlich, aber nur 14 Prozent für flexibel.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten in Bayern am ehesten eine gewisse Sturheit attestiert (45 %). Jeweils 36 Prozent sehen Beamte als mürrisch bzw. arrogant, 21 Prozent als überflüssig, 19 Prozent als ungerecht und 17 Prozent als ängstlich an.

Im Vergleich zur bundesweiten Einschätzung werden die Beamten in Bayern häufiger als pflichtbewusst, aber auch häufiger als arrogant eingeschätzt (jeweils + 5 Prozentpunkte).

Das Beamtenprofil in Bayern 2025

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	Deutschland 2024	Bayern 2025	Prozentdifferenz
	%	%	
pflichtbewusst	63	68	+ 5
verantwortungsbewusst	64	65	+ 1
zuverlässig	55	55	0
kompetent	52	52	0
hilfsbereit	48	47	- 1
unbestechlich	40	43	+ 3
flexibel	15	14	- 1
stur	43	45	+ 2
mürrisch	36	36	0
arrogant	31	36	+ 5
überflüssig	18	21	+ 3
ungerecht	16	19	+ 3
ängstlich	18	17	- 1

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Für die Ermittlung des „Berufe-Rankings“ in der bayerischen Bevölkerung, also des Ansehens einzelner Berufsgruppen in der Bevölkerung, wurden den Befragten verschiedene Berufsgruppen vorgegeben mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Von den abgefragten Berufsgruppen haben auch in Bayern die Feuerwehrleute das höchste Ansehen (93 %), gefolgt von Krankenpflegekräften (90 %), Altenpflegekräften (85 %) und Ärztinnen und Ärzten (85 %).

Polizistinnen und Polizisten genießen bei 83 Prozent ein hohes Ansehen, Erzieher/-innen im Kindergarten bei 77 Prozent, Müllmänner bzw. -frauen bei 72 Prozent.

Im „oberen Mittelfeld“ des Berufe-Rankings (mit hohem Ansehen bei rund oder fast zwei Drittel der Befragten) rangieren Piloten (68 %), Kanal-Klärwerksmitarbeiter (67 %), Techniker (67 %), Richter (67 %), Soldaten (66 %), Lehrkräfte (63 %) und Hochschulprofessoren (61 %).

Bei etwas mehr oder fast der Hälfte der Befragten genießen Förster (59 %), Lokführer (55 %), Briefträger (53 %), Justizvollzugsbeamte (49 %) und Unternehmer (45 %) ein hohes Ansehen.

Bei jeweils rund einem Drittel hoch angesehen sind Studienräte (39 %), Steuerberater (36 %), Beamte (32 %) und EDV-Sachbearbeiter (32 %).

Am unteren Ende des Berufe-Rankings finden sich Politiker (13 %), Mitarbeitende einer Telefongesellschaft (11 %), Versicherungsvertreter (6 %) sowie Mitarbeitende einer Werbeagentur (5 %).

Im Vergleich zum bundesweiten Berufe-Ranking aus 2024 genießen in Bayern Piloten und Pilotinnen (+ 5 Prozentpunkte), Unternehmer/-innen und Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-innen (jeweils + 4 Prozentpunkte) ein etwas höheres Ansehen.

Ein etwas schlechteres Ansehen als im bundesweiten Durchschnitt haben im Bayern Journalisten (- 7 Prozentpunkte), Justizvollzugsbeamte (- 5 Prozentpunkte) und Richter (- 4 Prozentpunkte).

Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	Deutschland 2024	Bayern 2025	Prozentdifferenz
	%	%	
Feuerwehrmann/-frau	94	93	- 1
Krankenpfleger/-in	90	90	0
Altenpfleger/-in	86	85	- 1
Arzt/Ärztin	86	85	- 1
Polizist/-in	81	83	+ 3
Erzieher/-in im Kindergarten/Kita	78	77	- 1
Müllmann/-frau	70	72	+ 2
Pilot/-in	63	68	+ 5
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-in	63	67	+ 4
Techniker/-in	67	67	0
Richter/-in	70	66	- 4
Soldat/-in	65	66	+ 1
Lehrer/-in	66	63	- 3
Hochschulprofessor/-in	64	61	- 3
Förster/-in	58	59	+ 1
Lokführer/-in	53	55	+ 2
Briefträger/-in	52	53	+ 1
Justizvollzugsbeamte/-r	54	49	- 5
Unternehmer/-in	41	45	+ 4
Studienrat/-rätin	39	39	0
Steuerberater/-in	34	36	+ 2
Beamte/-r	35	32	- 3
EDV-Sachbearbeiter/-in	35	32	- 3
Journalist/-in	32	25	- 7
Bankangestellte/-r	23	23	0
Gewerkschaftsfunktionär/-in	22	21	- 1
Steuerbeamter/-in	23	21	- 2
Politiker/-in	14	13	- 1
Mitarbeitende einer Telefongesellschaft	11	11	0
Versicherungsvertreter/-in	6	6	0
Mitarbeitende in einer Werbeagentur	6	5	- 1

6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Insgesamt hält eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität haben für die Befragten in Bayern Verbesserungen der Pflege sowie des Bildungswesens: Dies halten 68 bzw. 61 Prozent für „sehr wichtig“.

Es folgt die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft, die 53 Prozent für eine „sehr wichtige“ Aufgabe erachten. Die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur halten 48 Prozent, die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten 44 Prozent und den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes 42 Prozent für sehr wichtig. Eine Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung halten 39 Prozent für sehr wichtig.

Für nicht ganz so wichtig werden Investitionen für den Klimaschutz sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien (27 %) und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land gehalten (20 %).

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Übersicht

Die jeweilige Aufgabe des Staates halten für

	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig %
Verbesserungen der Pflege	68	27	2	1
Verbesserungen im Bildungswesen	61	33	4	0
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	53	35	9	2
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	48	44	6	1
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	44	35	12	7
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	42	43	13	1
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	39	41	16	3
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	27	37	23	11
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	20	42	30	6

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Für die bayerischen Bürger haben aktuell die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft sowie Investitionen für den Klimaschutz eine etwas geringere Priorität als dies bundesweit im letzten Jahr der Fall war. Dafür legen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern etwas stärkeres Gewicht auf die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Zeitvergleich

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	Deutschland 2024	Bayern 2025
	%	%
Verbesserungen der Pflege	-	68
Verbesserungen im Bildungswesen	-	61
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	59	53
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	46	48
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	40	42
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	37	44
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	37	39
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	37	27
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	22	20

Die Einschätzung der Wichtigkeit der einzelnen Aufgaben unterscheidet sich zwischen Männern und Frauen mitunter deutlich. So halten Frauen Verbesserungen in der Pflege und im Bildungswesen, die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit, Entlastungen der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise, Investitionen für den Klimaschutz und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land häufiger als Männer für sehr wichtige Aufgaben. Männer hingegen sehen einen größeren Schwerpunkt als Frauen bei der Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur sowie beim Ausbau und der Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes.

Auch zwischen den Altersgruppen unterscheiden sich die Prioritäten mitunter deutlich. So sind Verbesserungen der Pflege vor allem für die über 35-Jährigen, die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit und Verbesserungen der Infra- und Verkehrsstruktur vor allem für die über 60-Jährigen sehr wichtige Aufgaben.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates III

Folgende Aufgaben des Staates halten für sehr wichtig:	insgesamt	Männer	Frauen	18-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Verbesserungen der Pflege	68	59	77	58	71	72	70
Verbesserungen im Bildungswesen	61	58	65	60	67	58	62
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	53	47	59	46	48	53	60
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	48	53	43	43	45	47	54
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	44	42	47	43	47	45	43
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	42	48	35	42	40	36	46
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	39	36	43	34	38	42	42
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	27	24	31	32	24	25	29
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	20	18	23	15	15	20	27

Auch zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien ergeben sich teilweise sehr unterschiedliche Aufgabenprioritäten.

So sind Verbesserungen der Pflege vor allem aus Sicht der Anhänger der SPD und der AfD sehr wichtig. Verbesserungen im Bildungswesen sowie die Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit priorisieren insbesondere die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linke.

Der Ausbau und die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes haben für die Anhänger der Linke und der AfD eine sehr geringe Priorität.

Für die Anhänger der AfD ist es eine der wichtigsten Aufgaben, für eine Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise zu sorgen. Für die Anhänger der Grünen ist dies die Aufgabe mit der geringsten Wichtigkeit.

Investitionen für den Klimaschutz stehen bei den Anhängern der Grünen ganz oben auf der Prioritätenliste, bei den Anhängern der SPD und der Linke ebenfalls noch im „guten Mittelfeld“, während es kaum Anhänger der AfD gibt, die dies als sehr wichtige Aufgabe ansehen.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates IV

Folgende Aufgaben des Staates halten für sehr wichtig:	insgesamt %	Anhänger der:				
		CSU %	SPD %	Grünen %	Linke %	AfD %
Verbesserungen der Pflege	68	66	73	60	70	74
Verbesserungen im Bildungswesen	61	52	68	75	71	62
Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft	53	42	68	69	75	46
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	48	47	52	54	50	51
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	44	44	39	54	45	45
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	42	46	49	49	32	35
Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise insbesondere bei der Energieversorgung	39	36	25	13	32	67
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	27	20	52	79	50	3
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	20	20	25	16	26	23

7 Modernisierungen im öffentlichen Dienst und deren Finanzierung

7.1 Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern, ist nach Ansicht der großen Mehrheit der Bürger in Bayern (67 %) wie auch im gesamten Bundesgebiet (69 %) vor allem eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des öffentlichen Dienstes erforderlich.

Etwas seltener als bundesweit halten die bayerischen Bürger eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger (60 %, -11 Prozentpunkte im Vergleich zu Deutschland insgesamt) sowie eine Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger (59 %, - 7 Prozentpunkte im Vergleich zu Deutschland insgesamt) für erforderlich.

39 Prozent der Bayern (- 4 Prozentpunkte) halten dafür eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, 36 Prozent (- 5 Prozentpunkte) eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden und 27 Prozent (- 10 Prozentpunkte) eine Verjüngung des öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter für erforderlich.

Eine Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger halten vor allem die über 45-Jährigen, eine Verjüngung des Öffentlichen Dienstes vor allem die unter 35-Jährigen für erforderlich.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes I

Folgende Maßnahmen sind besonders erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern:	Deutschland	Bayern	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	2023 %	2025 %	%	%	%	%
Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	69	67	71	69	61	67
Eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger	71	60	59	54	63	63
Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger	66	59	50	53	61	65
Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes	43	39	39	39	38	40
Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden	41	36	39	37	42	30
Die Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter	37	27	37	24	25	25

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst halten deutlich häufiger als der Durchschnitt aller Befragten bzw. der sonstigen Erwerbstätigen eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes für erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes II

Folgende Maßnahmen sind besonders erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern:	insgesamt	Beschäftigte im öffentlichen Dienst	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte
	%	%	%
Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	67	68	66
Eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger	60	57	59
Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger	59	51	57
Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes	39	71	28
Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden	36	29	42
Die Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter	27	31	28

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes halten vor allem die Anhänger der Grünen, deutlich seltener die Anhänger der AfD für erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern.

Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes halten überdurchschnittlich häufig die Anhänger von SPD und Grünen, deutlich seltener die Anhänger der AfD für erforderlich.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes II

Folgende Maßnahmen sind besonders erforderlich, um die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes aufrecht zu erhalten bzw. zu verbessern:	insgesamt %	Anhänger der:				
		CSU %	SPD %	Grünen %	Linke %	AfD %
Eine konsequente Digitalisierung aller Aufgaben des Öffentlichen Dienstes	67	72	71	79	68	59
Eine schnellere und bessere Terminvergabe für die Anliegen der Bürger	60	65	54	55	57	62
Verbesserung von Beratung und Service für die Bürger	59	61	63	55	59	61
Eine ausreichend gute und leistungsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes	39	42	52	50	44	32
Eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Behörden	36	35	31	32	37	43
Die Verjüngung des Öffentlichen Dienstes durch die Einstellung neuer junger Mitarbeiter	27	25	29	34	26	22

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

7.2 Dringlicher Optimierungsbedarf im öffentlichen Dienst

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, in welchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung sie es für besonders dringlich und erforderlich halten, bürokratische Hürden und Hemmnisse abzubauen, Strukturen für die Bürger übersichtlicher zu machen und die Bearbeitung zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Derartige Optimierungen wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern insbesondere bei Genehmigungsverfahren, z. B. für Bauvorhaben sowie im Bereich Gesundheit und Pflege (jeweils 73 %).

Mehrheitlich werden solche Optimierungen und Verbesserungen darüber hinaus bei der Steuerverwaltung (54 %), im Bildungswesen (52 %), bei den Bürgerämtern (51 %) und im Bereich Justiz und Rechtsprechung (51 %) als besonders dringlich erachtet.

47 bzw. 45 Prozent meinen, bei den Sozialämtern und Arbeitsämtern müssten bürokratische Hürden abgebaut und Strukturen übersichtlicher gemacht werden.

Im Vergleich zu den bundesweiten Ergebnissen aus dem letzten Jahr sehen die bayerischen Bürger deutlich häufiger Optimierungsbedarf bei Genehmigungsverfahren (+ 11 Prozentpunkte) und in der Steuerverwaltung (+ 7 Prozentpunkte), etwas seltener im Bildungswesen (- 5 Prozentpunkte).

Bei Genehmigungsverfahren und in der Steuerverwaltung sehen die Männer in Bayern zudem häufiger als die bayerischen Frauen Optimierungsbedarf. Für die Bereiche Gesundheit und Pflege, Bildungswesen und Sozial- und Arbeitsämter sehen diesen Bedarf für Optimierungen hingegen eher die Frauen.

Bereiche dringlichen Optimierungsbedarf des Öffentlichen Dienstes I

In folgenden Bereichen der öffentlichen Verwaltung halten es für besonders dringlich und erforderlich, Optimierungen vorzunehmen:	Deutschland	Bayern	Männer	Frauen
	2023	2025		
	%	%	%	%
Genehmigungsverfahren, z. B. für Bauvorhaben	62	73	81	66
Gesundheit und Pflege	69	73	68	78
Steuerverwaltung	47	54	60	49
Bildungswesen	57	52	49	55
Bürgerämter	53	51	50	52
Justiz und Rechtsprechung	47	51	53	48
Sozialämter	46	47	40	54
Arbeitsämter	41	45	40	50

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Anhänger der verschiedenen Parteien sind sich hinsichtlich der Bereiche der öffentlichen Verwaltung, in denen Optimierungen besonders dringlich und erforderlich sind, weitgehend – lediglich mit gewissen Nuancierungen - einig.

Bereiche dringlichen Optimierungsbedarf des Öffentlichen Dienstes II

In folgenden Bereichen der öffentlichen Verwaltung halten es für besonders dringlich und erforderlich, Optimierungen vorzunehmen:	insgesamt	Anhänger der:				
		CSU	SPD	Grünen	Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%
Genehmigungsverfahren, z. B. für Bauvorhaben	73	74	74	73	59	76
Gesundheit und Pflege	73	77	74	67	71	74
Steuerverwaltung	54	56	50	49	43	57
Bildungswesen	52	48	54	56	62	53
Bürgerämter	51	52	47	48	60	50
Justiz und Rechtsprechung	51	50	40	41	50	58
Sozialämter	47	42	50	56	66	39
Arbeitsämter	45	44	48	46	60	42

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

7.3 Digitalisierung als Problemlösung?

Danach gefragt, in welchen Bereichen durch eine verstärkte Digitalisierung und durch mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet Verbesserungen erreicht werden können, meint eine große Mehrheit der Befragten im Bayern, dies sei vor allem bei den Bürgerämtern (68 %) und bei Genehmigungsverfahren (64 %) möglich. 59 Prozent gehen auch von Verbesserungen durch eine verstärkte Digitalisierung bei der Steuerverwaltung aus, 56 Prozent sehen das bei den Arbeitsämtern, 53 Prozent bei den Sozialämtern so.

Eher wenig Verbesserungsmöglichkeiten durch eine verstärkte Digitalisierung sehen die Befragten im Bereich Gesundheit und Pflege (44 %), im Bildungswesen (36 %) oder in der Justiz und Rechtsprechung (28 %).

Die Einschätzungen der bayerischen Bürger unterscheiden sich in einigen Bereichen deutlich von denen der Bundesbürger insgesamt im Jahr 2023. Dies betrifft insbesondere die vermuteten Verbesserungsmöglichkeiten durch Digitalisierung der Steuerverwaltung, der Arbeits- und Sozialämter sowie im Bildungswesen.

Jüngere Befragte sehen tendenziell eher Optimierungsmöglichkeiten durch eine verstärkte Digitalisierung und durch mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet als die älteren Befragten.

Verbesserungen durch verstärkte Digitalisierung? I

In folgenden Bereichen könnte vor allem durch eine verstärkte Digitalisierung und durch mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet Verbesserungen erreicht werden:	Deutschland	Bayern	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	2023	2025	%	%	%	%
Bürgerämter	70	68	73	76	68	62
Genehmigungsverfahren, z. B. für Bauvorhaben	64	64	67	64	56	67
Steuerverwaltung	69	59	61	60	55	60
Arbeitsämter	51	56	61	63	51	53
Sozialämter	48	53	60	57	45	52
Gesundheit und Pflege	42	44	40	48	36	49
Bildungswesen	43	36	35	44	30	36
Justiz und Rechtsprechung	29	28	28	32	22	31

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Anhänger der AfD versprechen sich durch eine verstärkte Digitalisierung und vermehrte Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet alles in allem betrachtet weniger als die Anhänger der anderen Parteien.

Verbesserungen durch verstärkte Digitalisierung? II

In folgenden Bereichen könnte vor allem durch eine verstärkte Digitalisierung und durch mehr Angebote zur Erledigung von Aufgaben per Internet Verbesserungen erreicht werden:

	insgesamt	Anhänger der:				
		CSU	SPD	Grünen	Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%
Bürgerämter	68	69	62	73	79	68
Genehmigungsverfahren, z. B. für Bauvorhaben	64	72	66	65	62	58
Steuerverwaltung	59	64	71	60	57	50
Arbeitsämter	56	60	56	63	65	49
Sozialämter	53	55	61	58	62	46
Gesundheit und Pflege	44	49	53	41	33	46
Bildungswesen	36	39	39	36	29	36
Justiz und Rechtsprechung	28	29	29	28	27	28

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

7.4 Präferenzen für den Kontakt zu Behörden

Wenn sie Angelegenheiten mit Behörden erledigen müssen, so bevorzugt rund ein Fünftel der Bürger in Bayern (22 %) den persönlichen Kontakt mit Mitarbeitern der Behörde. Etwas mehr Befragten (29 %) aber ist es lieber, wenn sie die Angelegenheit online erledigen können. 49 Prozent haben keine spezielle Präferenz.

Für eine Erledigung von Behördenangelegenheiten im Internet sprechen sich Männer etwas stärker als Frauen und unter 45-Jährige eher als über 45-Jährige aus.

Präferenzen für den Kontakt zu Behörden

Wenn sie Angelegenheiten mit Behörden erledigen müssen, dann ist ihnen lieber

	persönlicher Kontakt mit den Mitarbeitern der Behörde	wenn sie die Angelegenheit online erledigen können	beides
	%	%	%
insgesamt	22	29	49
Männer	20	34	45
Frauen	23	24	52
18- bis 34-Jährige	12	42	44
35- bis 44-Jährige	13	40	46
45- bis 59-Jährige	26	22	52
60 Jahre und älter	30	19	51
Hauptschule	36	17	47
mittlerer Abschluss	21	26	51
Abitur, Studium	14	38	48
Anhänger der:			
CSU	22	28	50
SPD	17	22	61
Grünen	13	38	48
Linke	15	37	48
AfD	27	23	49

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8 Die Zukunft der Arbeit

8.1 Arbeitszeitregelungen der Beschäftigung

40 Prozent aller abhängig Beschäftigten geben an, bei ihrer aktuellen beruflichen Beschäftigung zumindest teilweise flexible Arbeitszeiten bzw. Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheits- oder Kernzeiten zu haben. 26 haben sogar vollständig flexible Arbeitszeiten bzw. Gleitzeit.

22 Prozent haben feste Arbeitszeiten, aber ohne Schichtdienst, 14 Prozent arbeiten im Schicht- bzw. Wechselschichtdienst, 13 Prozent (auch) an Wochenenden bzw. Feiertagen.

Kaum jemand (2 %) hat eine Vier-Tage-Woche.

Im Vergleich zu den bundesweiten Ergebnissen im letzten Jahr ist der Anteil derer, die „mobil“ arbeiten können, in Bayern geringer.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung I

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	Deutschland	Bayern
	2024 %	2025 %
teilweise flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	41	40
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	25	26
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	23	22
mobile Arbeit/Homeoffice	28	17
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	13	14
Wochenend- und Feiertagsarbeit	11	13
Viertagewoche	1	2

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Jüngere Erwerbstätige unter 45 Jahren geben etwas häufiger als die über 45-Jährigen an, zumindest teilweise flexible Arbeitszeiten zu haben.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung II

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 34-Jährige	35- bis 44-Jährige	45- bis 54-Jährige	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
teilweise flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	40	42	39	48	42	37	31
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	26	29	22	25	28	25	25
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	22	19	26	18	20	26	25
mobile Arbeit/Homeoffice	17	18	15	17	16	18	16
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	14	16	13	13	16	14	16
Wochenend- und Feiertagsarbeit	13	14	12	13	15	12	14
Viertagewoche	2	3	2	1	0	6	3

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst haben etwas häufiger als die sonstigen Erwerbstätigen nur teilweise flexible Arbeitszeiten, seltener aber vollständig flexible Arbeitszeiten.

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst arbeiten auch etwas häufiger im Schicht- oder Wechselschichtdienst oder auch an Wochenenden bzw. Feiertagen.

Arbeitszeitregelungen bei der Beschäftigung III

Bei ihrer gegenwärtigen Beschäftigung gelten folgende Arbeitszeitregelungen:	insgesamt	Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte
	%	%	%
teilweise flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit mit bestimmten Anwesenheitszeiten/Kernzeiten	40	45	39
vollständig flexible Arbeitszeiten / Gleitzeit	26	20	28
feste Arbeitszeiten, ohne Schichtdienst	22	23	22
mobile Arbeit/Homeoffice	17	18	16
Schichtdienst, Wechselschichtdienst	14	20	13
Wochenend- und Feiertagsarbeit	13	20	11
Viertagewoche	2	1	3

Basis: Beschäftigte im öffentlichen Dienst;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

8.2 Überstunden und Überstundenausgleich

Drei Viertel (74 %) aller abhängig Beschäftigten geben an, regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit zu leisten.

Überstunden?

		Es leisten regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit
		%
Deutschland insgesamt	2024	67
Bayern	2025	74
Männer		77
Frauen		70
18- bis 34-Jährige		74
35- bis 44-Jährige		77
45- bis 54-Jährige		75
55 Jahre und älter		70
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		76
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		73

Basis: abhängig Beschäftigte

Die Mehrheit (71 %) derjenigen, die regelmäßig Überstunden bzw. Mehrarbeit leisten, würden sich wünschen, dass sie frei bzw. individuell zwischen einem finanziellen oder zeitlichen Ausgleich dieser Mehrarbeit wählen können. 6 Prozent haben eine klare Präferenz für einen finanziellen Ausgleich, 23 Prozent für einen zeitlichen Ausgleich der Überstunden bzw. Mehrarbeit.

Gewünschter Ausgleich von Überstunden

Es würden sich wünschen, dass Überstunden bzw. Mehrarbeit idealerweise ausgeglichen werden durch einen

	finanziellen Ausgleich	zeitlichen Ausgleich	freie, individuelle Wahl zwischen finanziellem oder zeitlichem Aus- gleich
	%	%	%
Erwerbstätige insgesamt	6	23	71
Männer	6	22	71
Frauen	5	23	72
Beschäftigte im öffentlichen Dienst	2	33	65
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte	7	19	73

Basis: abhängig Beschäftigte, die regelmäßig Überstunden oder Mehrarbeit leisten;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8.3 Schicht- oder Wechselschichtdienst

14 Prozent aller Befragten geben an, im Schicht- oder Wechselschichtdienst zu arbeiten.

Schicht- oder Wechselschichtdienst?

		Es arbeiten im Schicht- oder Wechselschichtdienst
		%
Deutschland insgesamt	2024	16
Bayern	2025	14
Männer		17
Frauen		14
18- bis 34-Jährige		14
35- bis 44-Jährige		17
45- bis 54-Jährige		13
55 Jahre und älter		18
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		19
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		14

Basis: abhängig Beschäftigte

Von den wenigen Befragten, die im Schicht- oder Wechselschichtdienst arbeiten, geben wiederum die meisten (73 %) an, dass sie bevorzugt frei und individuell zwischen finanziellem oder zeitlichem Ausgleich wählen wollen. Etwa ein Fünftel (18 %) hat eine klare Präferenz für einen finanziellen Ausgleich der Schichtarbeit.

8.4 Arbeitszeitkonten

Für insgesamt 67 Prozent aller Befragten gibt es die Möglichkeit, ein sogenanntes Arbeitszeitkonto einzurichten: 53 Prozent können dies als „Kurzzeitkonto“ führen, mit Ausgleich von Plus- oder Minusstunden innerhalb eines bestimmten Zeitraums von z. B. einem Jahr, 22 Prozent können dies (auch) als „Langzeitkonto“ zum langfristigen Ansparen von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit („Sabbatical“) oder einen vorzeitigen Berufsausstieg, führen.

Möglichkeit der Einrichtung eines Arbeitszeitkontos

Es gibt die Möglichkeit, ein sogenanntes Arbeitszeitkonto einzurichten

		ja, als Kurzzeitkonto %	ja, als Langzeitkonto %	nein, weder noch %
Deutschland insgesamt	2024	55	19	34
Bayern	2025	53	22	29
Männer		56	26	26
Frauen		50	18	33
18- bis 34-Jährige		50	26	25
35- bis 44-Jährige		61	22	27
45- bis 54-Jährige		55	22	28
55 Jahre und älter		47	18	38
Beschäftigte im öffentlichen Dienst		62	19	24
Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte		51	24	31

Basis: abhängig Beschäftigte;
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8.5 Wünsche für die Arbeitszeit

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, würde sich jeder dritte abhängig Beschäftigte in Bayern mehr Urlaubstage (34 %) oder ein Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit (31 %) wünschen.

Etwa jeder Vierte würde sich eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (27 %) oder die Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen (23 %) wünschen.

18 Prozent wünschen sich mobile Arbeit bzw. Homeoffice, 17 Prozent die Wahlmöglichkeit „Freizeit statt Geld“ und 7 Prozent eine flexible Teilzeit-Regelung.

Wünsche für die Arbeitszeit I

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, wäre das folgendes:	Deutschland	Bayern
	2024	2025
	%	%
mehr Urlaubstage	33	34
Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit ("Sabbatical") oder einen vorzeitigen Berufsausstieg	31	31
Verkürzung der Wochenarbeitszeit	31	27
Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen	22	23
mobile Arbeit/Homeoffice	23	18
Wahlmöglichkeit "Freizeit statt Geld"	16	17
flexible Teilzeit-Regelungen	10	7
etwas anderes	7	6
weiß nicht / keine Angabe	8	17

Basis: abhängig Beschäftigte;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst geben etwas häufiger als die übrigen Beschäftigten an, sich eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu wünschen.

Wünsche für die Arbeitszeit III

Wenn sie sich hinsichtlich ihrer Arbeitszeit etwas wünschen könnten, wäre das folgendes:	insgesamt %	Beschäftigte im Öffentlichen Dienst %	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte %
mehr Urlaubstage	34	34	34
Langzeitkonto zur Ansparung von Arbeitszeit, z. B. für eine Auszeit ("Sabbatical") oder einen vorzeitigen Berufsausstieg	31	35	30
Verkürzung der Wochenarbeitszeit	27	38	23
Möglichkeit, Urlaub flexibel nach Bedarf zu nehmen	23	22	23
mobile Arbeit/Homeoffice	18	20	17
Wahlmöglichkeit "Freizeit statt Geld"	17	19	16
flexible Teilzeit-Regelungen	7	9	7
etwas anderes	6	3	7
weiß nicht / keine Angabe	17	13	18

Basis: Beschäftigte im öffentlichen Dienst;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

8.6 Bedeutung einzelner Aspekte bei der Wahl des Arbeitgebers

Danach gefragt, was bei der Wahl des Arbeitgebers besonders wichtig ist oder war, geben die meisten Befragten (59 %) ein angemessenes Gehalt an. Für 44 Prozent steht die Arbeitsplatzsicherheit ganz oben, für jeweils rund ein Drittel die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit (35 %) oder flexible Arbeitszeiten (33 %).

Zusätzliche finanzielle Zahlungen - wie z. B. Weihnachts- oder Urlaubsgeld - sind für 27 Prozent besonders wichtig. 18 Prozent legen bei der Wahl des Arbeitgebers Wert auf Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, 17 Prozent auf einen eigenen Gestaltungsspielraum bzw. die Verwirklichung eigener Ideen, 13 Prozent auf Weiterbildungsmöglichkeiten.

Ein modernes Arbeitsumfeld ist für 10 Prozent wichtig. Andere besondere Vorteile wie z. B. Job-Ticket, Leasing-Fahrrad oder betriebliches Gesundheitsmanagement halten 6 Prozent für wichtig.

Weibliche abhängig Beschäftigte legen etwas größeren Wert als Männer auf flexible Arbeitszeiten. Männlichen Beschäftigten hingegen sind Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten etwas häufiger als Frauen wichtig. Arbeitsplatzsicherheit spielt vor allem für die Befragten mittleren Alters (45 bis 59 Jahre) eine große Rolle. Flexible Arbeitszeiten wünschen sich die jüngeren, unter 45 Jahre alten Beschäftigten häufiger als die älteren Beschäftigten.

Bedeutung einzelner Aspekte bei der Wahl des Arbeitgebers I

Bei der Wahl des Arbeitgebers war bzw. ist besonders wichtig:	insgesamt	Männer	Frauen	18-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	55 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
angemessenes Gehalt	59	56	62	57	59	56	63
Arbeitsplatzsicherheit	44	45	42	33	43	56	46
Sinnhaftigkeit der Tätigkeit	35	34	35	30	36	39	35
Flexible Arbeitszeiten (z.B. zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. der Work-Life-Balance)	33	27	39	41	38	29	20
zusätzliche finanzielle Zahlungen, z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Inflationsausgleich	27	26	28	22	30	25	31
Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten	18	23	12	21	18	13	18
eigener Gestaltungsspielraum/Verwirklichung eigener Ideen	17	20	14	10	18	20	23
Weiterbildungsmöglichkeit	13	11	15	20	9	11	11
modernes Arbeitsumfeld (z.B. Ausstattung Arbeitsplatz, Digitalisierung und Einsatz KI)	10	11	9	13	11	9	6
besondere Vorteile (Job-Ticket, Leasing-Fahrrad, Betriebliches Gesundheitsmanagement etc.)	6	4	8	10	5	5	5

Basis: abhängig Beschäftigte
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst geben seltener als die sonstigen Erwerbstätigen an, dass angemessenes Gehalt bei der Wahl des Arbeitgebers besonders wichtig ist bzw. war. Dafür legen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einen größeren Wert auf Arbeitsplatzsicherheit.

Bedeutung einzelner Aspekte bei der Wahl des Arbeitgebers II

Bei der Wahl des Arbeitgebers war bzw. ist besonders wichtig:	insgesamt %	Beschäftigte im Öffentlichen Dienst %	Erwerbstätige ohne öffentlich Beschäftigte %
angemessenes Gehalt	59	51	61
Arbeitsplatzsicherheit	44	58	39
Sinnhaftigkeit der Tätigkeit	35	37	34
Flexible Arbeitszeiten (z.B. zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. der Work-Life-Balance)	33	33	33
zusätzliche finanzielle Zahlungen, z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Inflationsausgleich	27	25	27
Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten	18	16	18
eigener Gestaltungsspielraum/Verwirklichung eigener Ideen	17	14	19
Weiterbildungsmöglichkeit	13	11	14
modernes Arbeitsumfeld (z.B. Ausstattung Arbeitsplatz, Digitalisierung und Einsatz KI)	10	5	11
besondere Vorteile (Job-Ticket, Leasing-Fahrrad, Betriebliches Gesundheitsmanagement etc.)	6	6	6

Basis: abhängig Beschäftigte
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich